# BUNDzeit

Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg

01.10

© kriegsflocke/photocase

# Der große Ausverkauf

**Privatisierung ist in der Politik noch immer sehr beliebt, ruft aber auch zunehmend Gegner auf den Plan. Allgemeine Lösungsstrategien helfen da kaum weiter.**

Ich glaube, dass jedes Recht eine Verantwortung, jede Gelegenheit eine Aufgabe und jeder Besitz eine Verpflichtung auferlegt.“ Diesen Ausspruch tat – man soll es nicht für möglich halten – einst der legendäre Großkapitalist John Davison Rockefeller. Er stellt damit in schöner Weise einen Dreiklang zwischen Gesetz, Verwaltung und Eigentum her, der der wohlmeinenden, doch oft wirkungslos bleibenden Aufforderung „Eigentum verpflichtet“ deutlich überlegen ist.

Angesichts der großen Privatisierungseuphorie, die durch das Land schwappt, spielt dieser Dreiklang eine immer wichtigere Rolle, denn er wird bei Weitem nicht immer eingehalten. Beispiel Seenprivatisierung: Knapp ein Viertel der Seenfläche in Brandenburg steht zum Verkauf oder ist bereits verkauft. Längst nicht alle Verträge wurden mit strengen naturschutzrechtlichen Auflagen abgeschlossen. Die Begeisterung über die zusätzlichen Einnahmen für den Staat lässt solche Forderungen immer wieder in den Hintergrund treten. Sowohl Gesetzgeber als auch Verwaltung vernachlässigen damit ihrer Verantwortung, die Verkäufe zum Wohle der Bevölkerung und der Natur abzuwickeln.

Die Folgen könnten fatal sein. Denn wer den Wandlitz- oder den Mellensee kauft, tut dies nicht unbedingt um hier ein Naturparadies entstehen zu lassen, sondern um die Gewässer wirtschaftlich zu nutzen und damit auszubeuten. Zwar ist dies manchmal untersagt. Doch Naturschutz erfordert auch zukünftig Aktivität: Wenn etwa ein See, der unter Naturschutz steht, beispielsweise zu verlanden beginnt, braucht dies ein aktives Eingreifen dessen, der dafür verantwortlich ist. Und ob das die neuen Eigentümer immer so einsehen, ist fraglich.

Sehr modern ist es derzeit vor allem, Güter, die die allgemeine Daseinsvorsorge garantieren, zu privatisieren. In Berlin und Potsdam wurde beispielsweise jeweils zu Teilen die Wasserversorgung an Investoren verkauft. In beiden Fällen stiegen daraufhin die Wasserpreise stark an. Sie zählen heute zu den höchsten in Deutschland. In Potsdam kaufte die Stadt 2005 nach nur zwei Jahren die Wasserversorgung wieder zurück. Dennoch stiegen die Wasserpreise weiter. Denn die Erwartungen an den nun städtischen Betrieb auf Rentabilität hatten sich nicht verändert.

## Auf öffentliche Kontrolle verzichtet

Der Berliner Senat verzichtete vor lauter Eurozeichen sogar auf ein Mindestmaß an öffentlicher Kontrolle und schloss mit den Unternehmen Veolia und RWE einen Geheimvertrag ab. Um dessen Offenlegung zu erreichen, droht der Berliner Wassertisch, an dem der BUND beteiligt ist, mit einem Volksbegehren.

„Gute Regulierung ist die Voraussetzung für erfolgreiche Privatisierung“, sagt Ernst Ulrich von Weizsäcker, Naturwissenschaftler und Mitglied beim Club of Rome. Und meint, dass der Staat vor der Privatisierung durchaus ein paar Regeln vorgeben muss. Von Weizsäcker hat gemeinsam mit vier Dutzend weiteren Wissenschaftlern bereits 2006 im Bericht ”Grenzen der Privatisierung” Beispiele aus aller Welt beschrieben und bewertet. Die Quintessenz lautet: Privatisierung kann dort erfolgreich sein, wo ein starker Staat die Spielregeln und Standards bestimmt und kontrolliert - und damit Wettbewerb garantiert.

Manche Dinge, wie Wasserleitungen und auch Schienennetze, eignen sich aber einfach nicht als Renditeobjekte. Sie sind quasi „natürliche Monopole“. ”Das Interesse an guter Wartung und einem Ausbau der Gleise beißt sich mit dem Interesse an Gewinnen. Wer an der Börse vierteljährlich gute Ergebnisse liefern muss, betrachtet Sanierungsarbeiten als Kosten ohne unmittelbaren Nutzen“, so von Weizsäcker. Genau das mussten die Berliner jetzt bereits mit den S-Bahnen erleben (siehe S. 2), weil deren Mutterkonzern Deutsche Bahn den Börsengang gerade erst vorbereitet.

Es gibt noch eine dritte Alternative: Die Wirtschaftswissenschaftlerin und Nobelpreisträgerin Elinor Ostrom meint in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (Faz): „Zentrale Regelsysteme und Einheitslösungen sind nie hilfreich.“ Sie plädiert dafür, die Menschen stärker in Entscheidungen vor Ort einzubeziehen. Im Falle der brandenburgischen Seen hieße das, dass die Gemeinden, Verbände und Bürger den Umgang mit den Gewässern gemeinsam vereinbaren. Ob dann Lösungen gefunden werden, die für die Ökologie der Seen verträglicher sind, ist nicht gesichert. Es wäre einen Versuch wert. *ro*

Informationen unter
www.BUND-Brandenburg.de und
www.berliner-wassertisch.net

## Inhalt


**THEMA**
**Privatisierung**

S-Bahn: Berlin soll Betrieb übernehmen
**Seite 2**

„Wir sollten die Notbremse ziehen“: Interview mit dem Schriftsteller Ingo Schulze
**Seite 3**

**AKTUELL**

Sinnlose Wiedergutmachung: Immer wieder gehen von Investoren neu gepflanzte Bäume ein
**Seite 4**

Mehr Tempo bitte: BUND Brandenburg mahnt Baumschutzverordnungen an
**Seite 4**

Zukunftsplan Klimaschutz: Berlin soll ein Energie-Konzept erhalten
**Seite 5**

Platz für gute Ideen: Aktionsbündnis Stadtvertrag Klimaschutz verlost Preise
**Seite 5**

Havel wird doch nicht breiter: BUND gegen Riesenschleusen
**Seite 6**

Wer handelt, gewinnt: Berliner Umweltpreis vergeben
**Seite 6**

**NATUR ERLEBEN**

Weltwunder Buchenwald: Grumsiner Forst könnte Weltnaturerbe werden
**Seite 7**

**KURZ & BUND**

Basisdemokratisch
**Seite 8**

Privatisierung in Zahlen
**Seite 8**



BUND

www.BUNDzeit.de

## Info

### Seenverkauf geht weiter

Trotz aller Proteste will die bundeseigene Bodenverwertungs- und –verwaltungsgesellschaft (BVVG) in diesem Jahr weiterhin in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern insgesamt 367 Seen privatisieren. Das bestätigte das Unternehmen noch Ende 2009. Der BUND Brandenburg will das nicht hinnehmen. „Die Privatisierungen stellen eine Gefahr für das Ökosystem der Seen dar und entziehen vielen Brandenburgern den Zugang zu wichtigen Naherholungsgebieten“, sagt Carsten Preuß, Mitglied im Landesvorstand des BUND Brandenburg und Initiator einer Bürgerinitiative gegen den Verkauf der Seen. Insgesamt 90.000 Unterschriften haben die Gegner der Privatisierung bereits eingesammelt und dem Petitionsausschuss des Bundestages übergeben. Eine Bundesratsinitiative des Landes Mecklenburg-Vorpommern, die durch Brandenburg unterstützt wird, wurde am 18. Dezember 2009 in die Bundesratsausschüsse überwiesen. Mecklenburg-Vorpommern hatte gefordert, dass ehemals volkseigene Gewässer „aufgrund der bedeutenden Rolle für Natur und Umwelt“ unentgeltlich an die Länder übergehen sollen. Infos unter www.BUND-Brandenburg.de

### Mehr Schutz für das „Grüne Band“

Der BUND fordert, das ”Grüne Band”, den Biotopverbund am ehemaligen innerdeutschen Grenzstreifen, endlich umfassend zu schützen. Nach 20 Jahren sind noch immer nur knapp 30 Prozent des rund 180 Quadratkilometer großen Areals als Naturschutzgebiet oder Nationalpark ausgewiesen. Obwohl vor sechs Jahren beschlossen wurde, dass sämtliche bundeseigenen Flächen entlang des Grünen Bandes nicht mehr veräußert werden dürfen, hat bisher lediglich das Bundesland Thüringen seine Flächen übernommen. Landwirtschaft, Straßen- und Häuserbau bedrohen nach wie vor das Gebiet. www.bund.net/bundnet/themen_und_projekte/gruenes_band/

© BUND Berlin

Kein Zug kommt: Die S-Bahn bekommt ihre Probleme nicht in den Griff

# Berlin soll S-Bahn übernehmen

**BUND Berlin fordert, den Verkehrsbetrieb in Landeseigentum zu überführen. Nur so ist ein nutzer- und umweltorientiertes Angebot möglich**

Die Berliner S-Bahn GmbH hat, um es neudeutsch auszudrücken, im Jahr 2009 keine gute „Performance“ vorgelegt. Züge fielen gleich reihen- und monateweise aus und wenn mal einer kam, dann war der zu kurz und viele Passagiere, vor allem die mit Kinderwagen oder Rollstühlen, mussten leider draußen bleiben. Als im November immer noch kein Normalbetrieb in Sicht war, begann der Senat zu drohen. Dann werde der Vertrag für die Deutsche Bahn eben nicht verlängert und der Betrieb der S-Bahn spätestens 2017 neu ausgeschrieben, ließ Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer verlauten. Abgesehen davon, dass das noch ziemlich lange hin ist, hält der BUND Berlin einen solchen Schritt nicht für sinnvoll. Er fordert stattdessen, der Deutschen Bahn die S-Bahn Berlin GmbH zu entziehen und diese als eigenständigen Betrieb des Landes Berlin weiter zu führen. Bis dahin sollten Berlin und Brandenburg jeweils einen Sitz im Aufsichtsrat der S-Bahn Berlin GmbH bekommen.

Grund für das Desaster bei der S-Bahn ist die extreme Sparpolitik des Mutter-Unternehmens Deutsche Bahn. Die versuchte, sich mit großartigen Renditesteigerungen fit für den Börsengang zu machen. 125 Millionen Euro Gewinn sollte der Bereich Stadtverkehr der Bahn 2010 abführen. Eine Ausschreibung der S-Bahn würde dieses Profitstreben nicht beenden, im Gegenteil: Der Kostendruck auf die Deutsche Bahn und auch auf die anderen Unternehmen würde sogar noch ansteigen. Die Folge wären vermutlich weitere Ausfälle und Fahrplaneinschränkungen.

Aus Sicht des BUND ist es auch nicht sinnvoll, beispielsweise nur den Betrieb der S-Bahn neu auszuschreiben. Weil Energie- und Trassenpreise für alle gleich sind, lässt sich letztlich nur bei den Angestellten sparen. Bieter mit einem schlecht bezahlten und entsprechend möglicherweise gering qualifizierten und motivierten Personal würden gewinnen.

### Betrieb zum Wohl des Klimas und der Fahrgäste steuern

Dagegen ist es sinnvoller, sowohl das Netz, als auch das Personal und die Fahrzeuge in Landeseigentum zu überführen. „Damit würde ein vollständiger Verkehrsbetrieb entstehen, der zum Wohl der Fahrgäste und des Klimas gesteuert werden kann“, sagt Martin Schlegel, Verkehrsreferent des BUND Berlin. Die Übernahme der S-Bahn durch die Länder Berlin und Brandenburg würde die S-Bahn davor bewahren, weiter Opfer der geplanten Bahnprivatisierung zu werden. Denn obwohl Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer bald nach der Wahl erklärt hat, dass daran nicht zu denken sei, darf das nicht darüber hinwegtäuschen, dass es weiterhin auch in der CDU und in der FDP starke Befürworter des Börsengangs gibt.

Gemeinsam mit 15 weiteren Organisationen setzt sich der BUND im Bündnis „Bahn für alle“ für eine bessere Bahn und gegen den Verkauf von Anteilen der Deutschen Bahn ein. Er warnt vor ähnlichen Szenarien wie in anderen Ländern. In Großbritannien beispielsweise wurde die Infrastrukturgesellschaft Railtrack nur sieben Jahre nach der Privatisierung rückverstaatlicht, weil sich das Schienennetz in einem desolaten Zustand befand, was zu unpünktlichen Zügen und tödlichen Unfällen führte.

Anstelle die Bahn zu verkaufen, fordert das Bündnis die Bundesregierung auf, den Verkehr wieder stärker von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Nur so sind sinnvolle Angebote zugunsten der Fahrgäste und der Umwelt möglich. *ro*

Weitere Informationen unter www.bahn-fuer-alle.de

## EDITORIAL

von Burkhard Voß und Christian Arns

Liebe Leserinnen und Leser,

Ihnen allen ein fröhliches, schönes und gesundes neues Jahr! Und nun lassen Sie uns doch mal über etwas Privates reden. Über Trinkwasser zum Beispiel. Oder über Seen in Brandenburg. – Ach, das ist für Sie gar nicht privat?

Ist es doch! Die Trinkwasserversorgung und einige Seen sind ja längst privatisiert, also zumindest teilweise an Investoren verkauft.

Und es ist erkennbar, dass die politische Reise weiter in diese Richtung geht. Klamme öffentliche Kassen führen immer öfter dazu, dass Kernbereiche dessen vertickt werden, was einst als öffentlich empfunden wurde.

Nun muss man nicht gleich das Ideologiefass aufmachen und wettern, dass Privatbesitz als solcher böse und die öffentliche Hand per se gut ist. Dafür beweisen eine Reihe von Verwaltungen in beiden Bundesländern viel zu nachdrücklich, wie man öffentliche Belange staatlich versaubeuteln kann.

Klar ist aber auch: Jeder Verkauf in private Hände mindert den Einfluss der Öffentlichkeit. Das beginnt bei der Kontrolle und hört beim – durchaus verständlichen – Wunsch nach Gewinnen noch nicht auf. Umso besser müssen eventuelle Verkäufe durchdacht, vorbereitet und organisiert werden.
Wir werden darauf achten!

Ihnen sehr herzliche Grüße

# "Wir sollten die Notbremse ziehen"

**Der Schriftsteller Ingo Schulze über Privatisierungen, Wachstumsideologien und das Verhältnis von Gemeinwohl und Profit**

© Jim Rakete

Wendet sich gegen die „Ökonomisierung aller Lebensbereiche“: Ingo Schulze

BUNDzeit: Herr Schulze, Sie haben sich in verschiedenen Reden und Essays gegen die zunehmende Privatisierung öffentlicher Güter ausgesprochen. Was stört Sie denn daran?

Ingo Schulze: Was mich stört, das ist die Ökonomisierung praktisch aller Lebensbereiche. Man kann gar nicht mehr anders denken als in Wachstums- und Profitkategorien. Und die Ideologie zu dieser Haltung ist die Privatisierung.

BUNDzeit: Nennen Sie uns ein Beispiel?

Schulze: Ich finde es beispielsweise unsinnig, die Bahn zu privatisieren oder die Wasserbetriebe, wie in Berlin de facto geschehen. Das trifft aber ebenso auf die Energiewirtschaft zu. Man muss sich doch als Gemeinwesen fragen, was ist gut für uns? Was für eine Wirtschaft wollen wir? Was überlassen wir der Privatinitiative, was behalten wir in unseren Händen? Es geht um die Relation von Profit und Gemeinwohl, und wenn das miteinander kollidiert, weil es monopolartige Anbieter gibt oder die ökologische Belastung nicht hinzunehmen ist, muss man handeln.

BUNDzeit: Wie steht es denn mit dieser Relation bei der Bahn?

Schulze: Die Bahn sollte man nicht nur unter dem betriebswirtschaftlichen Aspekt sehen, sondern ebenso unter dem volkswirtschaftlichen Aspekt. Die Bahn als eine ökologische und soziale Alternative zum Auto. Gewinne könnten den Leuten zurück gegeben werden, indem man den Service verbessert und die Preise senkt.

BUNDzeit: Über die Bahn wurde schon immer geschimpft, auch zu Zeiten, in denen noch niemand an Privatisierung dachte.

Schulze: Man muss sich nur mal die Schweizerischen Bahnen ansehen. Die gehören praktisch alle dem Bund, den Kantonen und Gemeinden. Dort ist die Bahn, trotz des relativ kleinen Landes, eine echte Alternative zum Autofahren. Es gibt zig Beispiele, in denen die Bahn privatisiert wurde und dann den Bach runter ging. Wie zum Beispiel in Großbritannien. Ich glaube übrigens nicht, dass es Druck und Angst braucht, um etwas zu verbessern. Im Gegenteil: Ich habe eher den Eindruck, dass Konkurrenzkampf und Effizienzdruck eine absurde Dimension angenommen haben. Ich bin nicht davon überzeugt, dass Existenzangst eine Grundbedingung dafür ist, dass man gut arbeitet.

BUNDzeit: Es gibt inzwischen kaum noch einen Bereich, in dem nicht auf private Unternehmen gesetzt wird. Vor drei Jahren haben Sie den Thüringer Literaturpreis erhalten, der vom Energieunternehmen Eon gesponsert wurde. Sie haben mit Ihrer Kritik daran ziemliches Aufsehen erregt.

Schulze: Mein Problem war erst einmal gar nicht Eon, sondern das Gemeinwesen. Wenn das einen Konzern nach Geld fragt und die geben dann sechstausend Euro für den Preis, dann kann man es dem Unternehmen ja nicht zum Vorwurf machen. Aber dann sollte man keinen Etikettenschwindel betreiben und den Preis auch „Eon-Literaturpreis“ nennen und nicht „Thüringer Literaturpreis“, das wäre dann eine klare Sache. Man muss doch auch über Abhängigkeiten sprechen. Es bringt doch diejenigen, die den Preis bekommen, in Konflikte, weil sie automatisch zum Werbeträger dieses Sponsors werden.

BUNDzeit: Der BUND Berlin vergibt seinen Umweltpreis auch mit Hilfe von Sponsoren. Sollte er das lieber lassen?

Schulze: Wie heißt denn der Preis?

BUNDzeit: Berliner Umweltpreis des BUND.

Schulze: Und warum macht da das Land Berlin nicht mit? Dann soll man es doch lieber BUND-Umweltpreis nennen, der BUND wird ja nicht aus Steuermitteln finanziert. Das wäre dann Sache der Mitglieder.

BUNDzeit: Aber wie soll denn das Gemeinwesen seinen vielfältigen Aufgaben ohne Geld gerecht werden?

Schulze: Am 9. November letzten Jahres lief am Pariser Platz in Berlin auf einer riesigen Leinwand fast ununterbrochen Audi-Reklame - 100 Jahre Audi. Selbst die Bilder aus den Jahren 1937/38 bestanden nur aus Rennwagen und Siegerehrungen. Ich finde das schon ziemlich hart! Ein Journalist, mit dem ich ins Gespräch kam, sagte: „Was wollen Sie denn, die bezahlen das eben.“ Ich will aber nicht, dass ein Autokonzern die Feier zum Mauerfall bezahlt. Ich finde es genauso idiotisch, wenn die Fußballnationalmannschaft mit einem Mercedesstern auf dem Trainingsanzug herumläuft oder sich unsere Botschaften im Ausland Empfänge von Firmen bezahlen lassen. Wenn das Geld nicht reicht, dann bieten wir ebenstatt eines gigantischen Büffets Bratwurst mit Senf und Brötchen an. Dann ist das eben Deutschland. Oder das Gemeinwesen holt sich das Geld von den Firmen in Form von Steuern. Das Sponsoring bezahlt doch letztlich auch der Steuerzahler, weil es steuerlich geltend gemacht werden kann.

BUNDzeit: Sie fragen in einem Essay, wo die Grenze liegt, jenseits der wir unsere Hoheitsrechte an private Unternehmen abgeben. Ja, wo liegt sie denn?

Schulze: Das lässt sich generell schwer bestimmen. Ich würde sagen, dort, wo die Abhängigkeiten zu stark werden, wird es fragwürdig. Also dann, wenn das Logo am Eingang einer Ausstellung den Inhalt ad absurdum führt. Wenn in einem Buch über die Familie Quandt drinstünde „Dieser Roman wurde möglich durch die Unterstützung von BMW“, dann weiß ich nicht, ob man es noch wirklich ernst nehmen könnte. Wenn ein Konzern ein Kabarett sponsert, dann weiß man, über wen die keine Witze machen. Meistens bezahlen ja die Stadt oder das Land oder der Bund neunzig oder fünfundneunzig Prozent, aber wer dann die restlichen Prozent bezahlt, darf sein Logo drauf kleben. Das ist meistens unverhältnismäßig. Oberbürgermeister oder Landräte und ihre Vertreter sind nicht kompetentere oder schlechtere Gesprächspartner, wichtig ist aber, dass sie politisch kontrollierbar sind, sie müssen sich vor den Bürgern verantworten.

BUNDzeit: Müssen Sie sich eigentlich manchmal anhören, Sie idealisierten alte Zeiten? Um nicht zu sagen: DDR-Zeiten?

Schulze: Ich weiß nicht, was die Kritik an unserem heutigen Zustand mit der DDR zu tun haben soll. Und Verklärungen sind nicht nur dumm, sie rächen sich auch immer. Die heute herrschende Wachstumsideologie ist ein Irrweg. Wir sollten endlich die Notbremse ziehen.

*Das Gespräch führte Saphir Robert*

## Zur Person

**Ingo Schulze,**
geboren 1962 in Dresden, gilt als „literarischer Meister des Epochenwechsels“ – gemeint ist die politische Wende 1989. Bekannt wurde Schulze 1998 mit dem Roman „Simple Storys“, in dem er auf tragikomische Weise Lebensschicksale nach der Wiedervereinigung schildert. Im April 2008 erregte er Aufsehen mit seiner Kritik am Sponsoring des Thüringer Literaturpreises durch den Energiekonzern Eon. Schulze erhielt unter anderem den Aspekte Literaturpreis, die Johannes Bobrowski-Medaille und stand zwei Mal im Finale für den Deutschen Buchpreis. Außerdem steht er auf der Longlist des International IMPAC Dublin Literary Award, dem international gesehen höchstdotierten Preis für ein einzelnes Werk, das nicht auf Englisch verfasst sein, jedoch in englischer Sprache vorliegen muss.

## Info

### Was wollen wir?

„Spätestens seit 1989/90 befindet sich die Politik auf dem Rückzug. Sie gibt von sich aus die Kompetenz ab und ebnet einer Ökonomisierung aller Lebensbereiche den Weg“, schreibt Ingo Schulze in seinem neuesten Band „Was wollen wir?“, einer Sammlung von Essays und Reden. Laut dem Online-Kulturmagazin „perlentaucher.de“ wird er dabei von der Überzeugung getragen, dass „Literatur Staaten stürzen kann“.
Ingo Schulze:
Was wollen wir?
Berlin Verlag, Berlin 2009,
ISBN 3827000548, 22 Euro

### Wem gehört die Welt?

Stellen Sie sich vor, jeder Atemzug koste Geld. Oder für jeden Schritt wäre eine Gebühr fällig, weil der Grund und Boden privaten Eignern gehört. Das klingt absurd. Dabei gibt es gerade bei den Gemeingütern, neudeutsch „Commons“ genannt, eine starke Tendenz zur Privatisierung, ob es sich nun um Wasser, Saatgut oder Bildung handelt. In dem Buch „Wem gehört die Welt? Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter“ sind unter anderem Texte von Elinor Ostrom, Pat Mooney und Ulrich Steinvorth versammelt, die sich mit dem Umgang mit Gemeingütern auseinander setzen.
Wem gehört die Welt?
Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter.
Hrsg. von Silke Helfrich.
oekom Verlag,
München 2009,
ISBN 3865811337,
24,90 Euro.

### Hydromania

Kampf ums Wasser als Politthriller:
Im Jahr 2067 herrscht Dürre auf der Welt. China, Japan und die Ukraine kontrollieren die Wasservorräte und bestimmen, wann und wo Regen fällt. Mächtige Wasserkonzerne kontrollieren den Zugang zu Wasserquellen. Sie zwingen die Verbraucher, das nötige Trinkwasser bei ihnen zu kaufen.
Die Israelin Maja den Kampf gegen die Konzerne auf. Assaf Gavron:
Hydromania, Luchterhand Verlag, München 2009,
ISBN 3630621562, 9 Euro

## Info

### Wegebau gestoppt

Der Protest hat geholfen: Der BUND Berlin und der Naturschutzbund (Nabu) haben erreicht, dass der umfassende Wegebau im Großen Tiergarten zunächst gestoppt wurde. Hier waren breite Schneisen durch große, unzerschnittene Gehölzbestände geschlagen worden, um Touristen das Pendeln zwischen den verschiedenen Attraktionen rund um den Park zu erleichtern. Dadurch wurden unzählige Bäume geschädigt. Nach einer Begehung der Anlage einigten sich BUND, Nabu, Bezirksverwaltungen, die mit dem Bau beteiligten Unternehmen und der Landesbeauftragte für Naturschutz darauf, dass entstandene Schäden möglichst ausgeglichen und zukünftige Planungen im Vorfeld gemeinsam besprochen werden. Ein Teil der insgesamt veranschlagten Investitionssumme von 7,5 Millionen Euro muss nach Ansicht des BUND und des Nabu in Pflege und Neupflanzungen investiert werden um zu verhindern, dass es „zur Vernichtung der touristischen Qualitäten von Berlins berühmtestem Park“ kommt.

### Gerettetes Denkmal

Lichterfelder Bürger und der BUND Berlin haben erreicht, dass eine große Anzahl mehr als 100 Jahre alte Bäume im denkmalgeschützten Park einer alten Villa an der Lichterfelder Drakestraße stehen bleiben können. Eigentlich wollte der Bezirk dort eine 2475 Quadratmeter große Dreifeldsporthalle bauen. Nach monatelangen Verhandlungen, Protesten und der Drohung, mit Hilfe eines von Verwaltungen gefürchteten Anwaltsbüros gegen das Bauprojekt zu klagen, lenkte das Bezirksamt ein. Die Halle wird jetzt in einiger Entfernung zum Park gebaut. Bäume und in und von ihnen lebende Vögel und Insekten sind gerettet.

# Sinnlose Wiedergutmachung

**Bäume, die für Bauprojekte abgeholzt werden, müssen an anderer Stelle neu gepflanzt werden. Leider funktioniert das häufig nicht**

Es scheint alles so einfach zu sein: Werden größere Grundstücke an Investoren verkauft, dann müssen diese, wenn sie dort Gebäude errichten wollen, die Bäume, die für den Neubau weichen müssen, an anderer Stelle neu pflanzen oder Ersatzzahlungen leisten. Die Aufgabe der Bezirksämter ist, die Pflanzung und die Pflege der Bäume zu kontrollieren und abzunehmen. In der Regel gehen die Bäume nach zwei bis drei Jahren, wenn sie schon kräftiger sind und tiefer wurzeln, ganz in die Obhut der Grünflächenämter über.

So weit die Idee. In der Praxis sieht das allerdings immer wieder anders aus. Beispiel Südkreuz in Berlin: Für den Neubau des Bahnhofs wurden zahlreiche Bäume gefällt. Als Ausgleich musste die Deutsche Bahn Hunderte Bäume neu pflanzen. Fast einen kleinen Wald also, wie wunderbar. Doch kaum zwei Jahre später waren mehr als 300 Jungbäume schwer geschädigt oder gar vertrocknet. Sie waren offenbar weder fachgerecht eingepflanzt noch ausreichend gewässert worden. Der BUND machte bereits im August 2008 auf diesen Missstand aufmerksam. Vertreter des Umweltverbandes und der Deutschen Bahn trafen sich einen Monat später um zu beraten, wie wenigstens ein Teil des Baumbestandes doch noch zu retten sein könnte. Die Bahn gelobte Besserung. Einzige Reaktion war, dass sie die toten Bäume fällen ließ. Schlimmer noch: Am Nordausgang des Bahnhofs wurden für einen weiteren Neubau viele gut angewachsene, 2009 neu gepflanzte Bäume schon wieder gefällt.

Auch auf dem Gelände des Vorzeigeprojekts „Wissenschafts- und Technologiepark“ in Adlershof sind Ausgleichspflanzungen so schlecht verlaufen, dass sich 60 Prozent der Bäume inzwischen in einem katastrophalen Zustand befinden beziehungsweise schon abgestorben sind.

Einzelfälle sind das nicht. Immer öfter schlagen in Berlin Baumpflanzungen fehl. Offenbar überprüfen die Investoren die Arbeit der damit beauftragten Unternehmen nicht. Der BUND fordert daher die Verwaltungen auf, Pflanzungen im Rahmen landschaftspflegerischer Begleitpläne, die Grün- und Biotopverluste bei Bauprojekten ausgleichen sollen, erheblich strenger zu kontrollieren. „Ihrer Pflicht, Abholzungen gleichwertig auszugleichen, kommen die Unternehmen keineswegs immer nach“, sagt Herbert Lohner, Naturschutzreferent des BUND Berlin.

Vollends absurd wird dieses Verschiebespiel der Zuständigkeiten an anderer Stelle: Während das Land und die Bezirke die Baumpflanzungen gerne auf größere Investoren abwälzen, verhindern sie gleichzeitig immer stärker, dass einzelne Bürger Verantwortung für das Stadtgrün übernehmen. Entweder sie schrauben die Kosten für Einzelpflanzungen immer weiter in die Höhe – in manchen Bezirken stiegen die Preise innerhalb von fünf Jahren um 400 Prozent – oder sie verweigern sie gleich ganz, weil ihnen die Kommunikation mit den Baumpaten zu mühsam erscheint. Bürgerschaftliches Engagement wird so im Keim erstickt.

Nach Ansicht des BUND Berlin müssen sich Politik und Verwaltungen viel stärker um den Baumschutz und Nachpflanzungen kümmern. Bürger würden sich gerne stärker für „ihren Baum“ engagieren – wenn man sie nur ließe und nicht durch überzogene Forderungen jede Aktivität zunichte machte. *ro*

© BUND Berlin

Da waren sie schon tot, jetzt sind sie weg: Ausgleichspflanzungen am Berliner Südkreuz

© C. Nöhren / PIXELIO

Bitte die Bäume stehen lassen, sie sind so schön: Die Landkreise in Brandenburg müssen Baumschutzverordnungen erlassen

# Mehr Tempo, bitte!

**BUND Brandenburg mahnt Baumschutzverordnungen in den Landkreisen an**

Sie gilt als unübersichtlich und unzureichend: Die seit sechs Jahren gültige Fassung der Brandenburgischen Baumschutzverordnung verdient kaum ihren Namen. Denn sie hat dafür gesorgt, dass viele Besitzer von Ein- und Zweifamilienhäusern in den vergangenen Jahren mit den Bäumen auf ihren Grundstücken kurzen Prozess gemacht und sie abgesägt haben. Ursprünglich sollte diese Regelung Ende 2009 auslaufen, doch jetzt hat die brandenburgische Umweltministerin Anita Tack sie um ein Jahr verlängert. Der BUND fordert, dass die Landkreise dieses Jahr nutzen, um endlich eigene Regelungen zu verabschieden, damit genehmigungsfreies Fällen ab 2011 verhindert werden kann.

Die landesweite Baumschutzverordnung gilt in den Gemeinden, Städten oder Landkreisen, die keine eigene Verordnung oder –satzung haben. Einige Kreise haben bereits ihre Mängel erkannt und eigene Regelungen getroffen. Dazu gehören Potsdam, Brandenburg (Havel), die Kreise Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße, Prignitz und Teile der Stadt Cottbus. In anderen Kreisen, so zum Beispiel Havelland, Ostprignitz-Ruppin, Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming und in der Stadt Frankfurt (Oder) liegen immerhin Baumschutzverordnungen als Entwürfe vor. Diese müssen nach Ansicht des BUND umgehend beschlossen werden.

Der BUND appelliert insbesondere an die Landkreise Oberhavel, Uckermark, Märkisch-Oderland, Dahme-Spreewald, Oder-Spree und Barnim, die verbliebenen Monate zu nutzen, um eigene Baumschutzverordnungen zu beschließen. Das ist nicht so kompliziert wie es scheint. Bei Veranstaltungen in mehreren Kommunen hat der BUND bereits im vergangenen Jahr Tipps für sinnvolle Baumschutzregelungen gegeben. Diese von der Naturstiftung David unterstützte Kampagne wird 2010 fortgesetzt.

Weitere Informationen zu dem Thema und eine Liste von Gemeinden, die bereits eigene Baumschutzsatzungen haben, finden Sie unter www.BUND-Brandenburg.de

© Sascha Pauly / PIXELIO

Wie viel Energie Berlin wohl verbraucht? – der Kurfürstendamm bei Nacht

# Zukunftsplan Klimaschutz

**Der Senat lässt ein Konzept über den Energieverbrauch in der Stadt erstellen. Der BUND fordert mehr Mut zu Visionen**

Eine Stadt wie Berlin verbraucht eine Menge Energie. 2006 waren es zum Beispiel mehr als 260.000 Terajoule. Nur: Wie soll es eigentlich in Zukunft weitergehen? Welche Menge an Energie werden wir künftig benötigen und welche Energieträger sollen sie liefern? Seit Jahrzehnten drückt sich die Berliner Politik darum Visionen zu entwickeln, wie die Stadt langfristig mit Strom und Wärme versorgt werden soll. Ganz zu schweigen von den neuen gesellschaftlichen Herausforderungen, die dringend gelöst werden müssen, wie zum Beispiel der drohende Klimawandel. Jetzt hat der Senat die Berliner Energieagentur damit beauftragt, ein so genanntes „Energiekonzept 2020“ für die Stadt zu erstellen. Doch abgesehen davon, dass dieser Zeitraum viel zu kurz gegriffen ist, krankt dieser Auftrag auch daran, dass die Energieagentur keinerlei visionäres Zukunftskonzept als Leitlinien erhalten hat.

Bislang trägt der Senat als energiepolitische Fahne das allgemeine Ziel der Bundesregierung vor sich her, das da lautet: Bis zum Jahr 2020 muss der Ausstoß von Kohlendioxid ($CO_2$) um 40 Prozent niedriger liegen als 1990. Aus Sicht des BUND ist das viel zu wenig. Wichtig ist eine Idee davon, wie wir deutlich effizienter mit Energie umgehen können und dass der Anteil der erneuerbaren Energien deutlich steigen muss. Diese liefern in Berlin bisher nur rund ein Prozent des Energiebedarfs. Damit ist die Hauptstadt bundesweit annähernd Schlusslicht. Im gesamtdeutschen Durchschnitt decken die erneuerbare Energien inzwischen nämlich beispielsweise schon 16 Prozent des Stromverbrauchs ab.

Das grundlegende Problem, vor dem die Berliner Energieagentur steht, ist: Sie muss ein so genaues Bild wie nur möglich über den Energiebedarf einzelner Stadtteile oder auch Häuserblöcke erstellen. Ein Bezirksamt oder ein Gerichtsgebäude muss auf andere Weise versorgt werden als beispielsweise ein Industriebetrieb oder eine große Wohnanlage.

Die Zahlen für diesen Bedarf muss sich die Energieagentur mühsam zusammensuchen. Denn es gibt kein zentrales Energiekataster für Berlin. Je engmaschiger aber ein Planungsnetz wird, desto genauer lässt sich kalkulieren, welche Menge an Strom und Wärme wo gebraucht wird. Im besten Fall sind Simulationen möglich, nach denen errechnet werden kann, wie sich der Energieverbrauch künftig entwickeln wird. Eine solche Simulation hat im vergangenen Jahr die Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (heute Hochschule für Technik und Wirtschaft) im Auftrag des BUND Berlin und der Klimaallianz für die Stadtteile Lichtenberg, Kreuzberg-Friedrichshain und Marzahn-Hellersdorf entwickelt und ist damit auf großes Interesse gestoßen.

Leitlinien und Visionen sind aber schon jetzt, auch ohne Kataster, möglich. Damit kann das Land die Gestaltungshoheit in Sachen Energiepolitik übernehmen. Denn bislang schlägt das Energieunternehmen Vattenfall eine neue Anlage vor und der Senat prüft, ob Baurichtlinien und allgemeine bundesgesetzliche Regelungen eingehalten werden. Oder aber Vattenfall legt – vermutlich nicht ganz uneigennützig - Ideen zum Klimaschutz vor und der Senat lobt die Initiative.

Der BUND fordert daher, das Konzept möglichst bald zu entwickeln, und zwar mindestens bis 2050, das Jahr, auf das sich internationale Vereinbarungen zur globalen Erwärmung beziehen. Außerdem werden die meisten Berliner Kraftwerke länger als bis 2020 laufen, und das muss mit berücksichtigt werden. Ökologische Vorgaben funktionieren nur dann, wenn sie nicht nur zur aktuellen Situation passen, sondern auch dabei helfen, langfristige Ziele zu erreichen. *ro*

Die Studie „Wärme ohne Kohle“ von Jochen Twele, Malte Schmidthals und Hartmut Gaßner gibt es zum Download unter www.BUND-Berlin.de/bund_berlinde/service/publikationen/

# Platz für gute Ideen

**Aktionsbündnis Stadtvertrag Klimaschutz verlost Preise**

Sie kurven mit dem Fahrrad durch den Berufsverkehr, quetschen sich in überfüllte S-Bahnen oder verteilen Job-Tickets an ihre Angestellten: Viele Berliner Bürger und auch Unternehmen engagieren sich für besseren Klimaschutz in der Stadt. Und viele wollen gerne noch mehr tun oder wissen nicht recht, wo sie anfangen können. Das Aktionsbündnis „Stadtvertrag Klimaschutz“ der Handwerkskammer Berlin, der Industrie und Handelskammer Berlin, des Deutschen Gewerkschaftsbundes Berlin-Brandenburg und des BUND Berlin will Berliner darin unterstützen, sich Tipps und Anregungen für den Klimaschutz zu holen oder ihre Ideen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Für die besten Ideen gibt es jetzt auch Preise.

Beispiel Verkehr: Fünf Millionen Tonnen Kohlendioxid ($CO_2$) produziert der Verkehr pro Jahr in Berlin, das sind mehr als 20 Prozent des gesamten $CO_2$-Ausstoßes in der Stadt. Das muss nicht so bleiben. Denn in der Stadt gibt es genügend Angebote, die es möglich machen, mobil zu sein und trotzdem das Klima zu entlasten. Das beginnt beim Fahrtraining, bei dem Autofahrer lernen können, weniger Sprit zu verbrauchen und endet noch lange nicht bei den Gedanken, doch mal öfters das Fahrrad aus dem Keller zu holen. Was es so alles für Möglichkeiten gibt und wo man sich hinwenden kann, dazu gibt der ”Stadtvertrag Klimaschutz” Hinweise. Bis zum 15. März 2010 können sich Berliner Bürger auch mit ihrem eigenen Engagement am Stadtvertrag beteiligen. Mit ihren Ideen nehmen sie an Verlosungen teil, zu gewinnen gibt es zum Beispiel ein Fahrrad im Wert von 1000 Euro, gesponsort von der Fahrradstation. Weitere Themen des Aktionsbündnisses werden innerhalb der nächsten zwei Jahre Heizen und Warmwasser und Stromverbrauch und Gebäudesanierung sein.

In lockerer Reihenfolge lädt der „Stadtvertrag Klimaschutz“ außerdem zum „Stadtgespräch Klimaschutz“ ein, bei dem Berliner Bürger und Unternehmer live berichten, was sie für den Klimaschutz tun. Thema des ersten Treffens Ende November 2009 in der Alten Kantine in der Kulturbrauerei war Mobilität. Ein kurzer Tonmitschnitt davon ist auf der Internetseite des Bündnisses zu hören.

Weitere Informationen und Möglichkeiten zum Mitmachen unter www.stadtvertrag-klimaschutz.de

© sujet.design

Bahn frei für umweltfreundliche Verkehrsmittel

## Info

### Pläne neu auslegen

Der BUND Berlin fordert, die Pläne für den Ausbau der A100 von Neukölln nach Treptow zu korrigieren und dann neu auszulegen. Grund ist, dass bei der Vorlage der Pläne im Herbst 2009 in einer Tabelle über Be- und Entlastungen im umliegenden Straßennetz der A100 ausgerechnet die Straße unterschlagen wurde, die die stärkste Zunahme an Verkehr bekommen würde, nämlich die Elsenstraße zwischen Puschkinallee und „Am Treptower Park”. Dort würde sich die Zahl der durchfahrenden Autos und Lkws nach dem Bau der Autobahn nahezu verdoppeln. Darüber hinaus fehlte in der Übersicht auch der Markgrafendamm. Martin Schlegel, Verkehrsreferent des BUND Berlin, nennt dies eine „Irreführung der betroffenen Anwohner und der Öffentlichkeit“. Er verweist außerdem auf die neue Gesamtverkehrsprognose für Berlin, nach der der Verkehr in der Stadt weiter zurückgeht. Der Bau einer neuen Autobahn ist für diese erfreuliche Entwicklung sogar schädlich, weil damit wieder mehr Verkehr angezogen wird. Mehr unter www.stopp-a100.de

### Berliner Energiecheck verlängert

Das Projekt „Berliner Energiecheck“ des BUND Berlin geht in die nächste Runde. Die Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt- und Verbraucherschutz will es für ein weiteres Jahr fördern. Ziel des Projekts ist, Haushalte mit geringem Einkommen darin zu unterstützen, Energie zu sparen und dafür Langzeitarbeitslose zu Beratern zu qualifizieren. Insgesamt 380 Haushalte wurden im vergangenen Jahr von den Teilnehmern des Projekts beraten. Wenn diese Haushalte die Empfehlungen umsetzen, können sie jeweils ihre Energiekosten zwischen 93 und 309 Euro senken. Insgesamt ersparen sie so der Atmosphäre 350 Tonnen $CO_2$.
Kontakt: www.berliner-energiecheck.de

## Mitmachen

### Klimawandel und Ernährung

Woher kommt unser Essen und wie wird es produziert? Wie viel $CO_2$ verursacht unser Frühstück? Und: Was können wir tun, um die Welt ein wenig zu verbessern? Fragen über Fragen, die auf einem Wochenendseminar für Jugendliche und junge Erwachsene ab 16 Jahren zum Thema „Klimawandel und Essen“ besprochen werden. Gemeinsam werden Methoden und Kompetenzen erarbeitet, mit denen diese Inhalte weiter verbreitet werden können. Im Anschluss an das Seminar gibt es die Möglichkeit, selbst als so genannter „Bildungsagent“ aktiv zu werden und an Schulen Projekttage zum Thema Klimawandel zu veranstalten.

Termin: 5. bis 7. März 2010
Ort: Haus Kreisau in Berlin-Kladow
Kosten: 20 Euro inkl. Unterkunft und Verpflegung
Veranstalter: BUNDjugend Berlin, in Kooperation mit dem August-Bebel-Institut Berlin

Weitere Informationen unter www.BUNDjugend-Berlin.de

© Karl-Heinz Liebisch / PIXELIO

Frühling an der Havel: So schön kann sie jetzt hoffentlich bleiben

# Erfolg für Havel-Kampagne

**Flussausbau weitgehend abgesagt; BUND fordert Verzicht auf Riesenschleuse**

Nach jahrelangen Protesten, Diskussionen und Verhandlungen gab es im Herbst 2009 endlich den Durchbruch: Kurz vor der Bundestagswahl nahm der frühere Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee Pläne zurück, nach denen Havel und Spree verbreitert werden sollten. Das bedeutet: Wertvolle Flusslandschaften und Hunderte Bäume können zu einem großen Teil erhalten bleiben. Tilmann Heuser, Landesgeschäftsführer des BUND Berlin wertete dieses Ergebnis als großen Erfolg der Kampagne „Stopp Havelausbau“, die unter Federführung des BUND von den großen Berliner und Brandenburger Umweltverbänden getragen wird. Mehr als 22.000 Menschen in der Region haben im Rahmen dieser Kampagne gegen den geplanten Ausbau von Havel und Spree unterschrieben.

Ein wesentlicher Grund für das Einlenken des Bundesverkehrsministeriums dürfte die aktuelle Verkehrsprognose sein. Diese belegt, dass die Menge an Gütern, die Binnenschiffe in diesen Bereichen transportieren, bis 2025 kontinuierlich zurückgehen wird.

Ein paar Wermutstropfen bleiben: Wenn die Flüsse auch nicht mehr verbreitert werden, so sollen sie doch tiefer werden um zu gewährleisten, dass auch besonders schwer beladene Schiffe hier fahren können. Aus Sicht des BUND ist das nicht notwendig. Denn Containerschiffe können auch bei der bestehenden Tiefe fahren und eine Zählung ergab, dass nur circa zehn Prozent der Schiffe voll beladen sind.

Im Januar 2010 ist der Vergleich beim Bundesverwaltungsgericht in der Klage gegen den Ausbau des Sacrow-Paretzer-Kanals abgeschlossen worden. Ein weiterer großer Erfolg, denn dem überdimensionierten Ausbau wird zugunsten des Naturschutzes eine klare Absage erteilt. Die Uferabgrabungen werden auch hier unterlassen und damit bleibt der wertvolle Baumbestand am Nordufer weitgehend erhalten.

Allerdings hat das Bundesverkehrsministerium auf der von Berlin aus südlich gelegenen Schifffahrtsroute über den Teltowkanal allen rückläufigen Verkehrsprognosen zum Trotz den Bau einer 190 Meter langen Schleuse in Kleinmachnow ausgeschrieben. Politiker der Grünen und der Linken, von SPD, CDU und FDP haben sich dagegen positioniert, die brandenburgische Landesregierung aber drückt sich um die Entscheidung, das Großprojekt abzusagen. Gemeinsam mit anderen Initiativen vor Ort hat der BUND im Dezember 2009 Demonstrationen gegen die Riesenschleuse organisiert, weil er um zahlreiche mehr als 80 Jahre alte Eichen und Buchen bangt.

Winfried Lücking vom BUND-Flussbüro fordert, den Bau der Schleuse den aktuellen Beschlüssen des Bundesverkehrsministeriums anzupassen. „Da auch der Ausbau des Teltowkanals zu den Akten gelegt wurde, werden hier in Zukunft keine 190 Meter langen Schleusen mehr gebraucht. Außerdem ist die kürzere Schleuse naturverträglicher“, sagt er. Burkhard Voß, der Vorsitzende des BUND Brandenburg meint: „Gegen den Widerstand der örtlichen Bevölkerung und der Kommunalpolitik wird kurz nach dem Regierungswechsel in Berlin dieser Ausbau jetzt durchgezogen, um vollendete Tatsachen zu schaffen. Wir fordern die neue Landesregierung auf, sich klar gegen diesen Neubau zu positionieren.“
Weitere Informationen unter www.stopp-havelausbau.de

# Wer handelt, gewinnt

**BUND Berlin vergibt Berliner Umweltpreis 2009**

Umweltbewusst und gut gelaunt: die Preisträger des Berliner Umweltpreis 2009

© BUND Berlin

„Wer zu spät handelt, den bestraft am Ende die Natur“: Mit diesem Motto eröffnete Moderatorin Patricia Schäfer (ZDF-Morgenmagazin) vor 400 geladenen Gästen die Verleihung des Berliner Umweltpreises am 19. November 2009 im Roten Rathaus. Dass es in Berlin durchaus Bürger und Unternehmen gibt, die nicht warten, sondern sich schon jetzt für Umwelt- und Klimaschutz engagieren, zeigt sich an den aktuellen Preisträgern. Wie in den Jahren zuvor vergab der BUND Berlin die Auszeichnung an die überzeugendsten Beispiele dieses Handelns in den Kategorien „Kinder und Jugend“, „Wirtschaft und Innovation“ und „Umweltengagement“.

Gewinner in der Kategorie „Kinder und Jugend“ ist diesmal das Fahrradprojekt der Carl-Humann-Grundschule. Unter der Anleitung ihrer Lebenskundelehrerin gestalten hier im zweiten Jahr in Folge die Schüler der fünften und sechsten Klassen Fahrradständer, reparieren schadhafte Räder oder bauen auch schon mal ein Klangstab-Mobile aus alten Fahrradteilen. Für ihr Engagement erhielten die Schüler des Projekts einen Scheck über 1000 Euro. „Wenn man wirklich etwas verändern will, dann gelingt das auch. Das lernen die Kinder fürs Leben“, sagte die Schirmherrin des Berliner Umweltpreises, Tita von Hardenberg, in ihrer Laudatio.

Mit Magdalena Schaffrin wurde in diesem Jahr eine eher ungewöhnliche Preisträgerin in der Kategorie „Wirtschaft und Innovation“ geehrt. Sie entwirft als Einzelunternehmerin ökologische Luxus-Mode. Anja Grothe, Professorin für Nachhaltigkeitsmanagement an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin, lobte Schaffrins Ansatz, der Kurzfristigkeit und Schnelllebigkeit der Modewelt entgegen zu steuern. Sie achtet bis ins kleinste Detail darauf, dass die Materialien ihrer Kollektionen aus natürlichen Rohstoffen bestehen und unter ökologisch und sozial vertretbaren Bedingungen verarbeitet werden. Schaffrin erhielt als ideelle Auszeichnung eine Urkunde und ein Signet.

Die Bürgerinitiative „Nein zum Kohlekraftwerk“ erhielt den mit 3000 Euro dotierten Preis in der Kategorie ”Umweltengagement”. Die Laudatio hielt der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit. Wowereit hob die Hartnäckigkeit und die Sachlichkeit hervor, mit der die Mitglieder der Bürgerinitiative gegen das ursprünglich geplante Kohlekraftwerk in Lichtenberg gekämpft haben. Dass der Betreiber Vattenfall jetzt ein kleineres Biomassekraftwerk bauen wolle, trage dazu bei, dass die Kohlendioxid-Emissionen deutlich geringer ausfallen als bei der ursprünglichen Planung. „Die Preisträger haben deutlich gemacht, was jeder im eigenen Bereich tun kann. Andere werden hoffentlich nachziehen“, sagte Wowereit. *ro*

Informationen unter www.berliner-umweltpreis.de

© Atelier für Gestaltung Papenfuss

Kostbare Hinterlassenschaft einer (fast) unberührten Eiszeitlandschaft: Buchenwälder

# Weltwunder Buchenwald

**Der Grumsiner Forst könnte schon bald in die Naturerbe-Liste der Unesco aufgenommen werden**

Über Erich Mielke, den Chef der Staatssicherheit und „brutalen Kaiser der DDR“, wie ihn der Spiegel nannte, gibt es wahrhaftig nichts Gutes zu berichten. Seine Skrupellosigkeit und Hinterhältigkeit führte jedoch dazu, dass sich dort, wo er war, niemand sonst aufhalten mochte oder durfte. Das gilt auch für den im Osten des Biosphärenreservats Schorfheide-Chorin gelegenen Grumsiner Forst. Dort ging Mielke, wie schon die brandenburgischen Kurfürsten, auf die Pirsch. Im Gegensatz zu seinem verheerenden Treiben in der DDR-Gesellschaft richtete er hier verhältnismäßig wenig Schaden an. Darum konnte der Buchenwald, aus dem der Grumsiner Forst zum größten Teil besteht, wie schon in den 300 Jahren zuvor wuchern, sprießen, sprossen, Knospen treiben. Seit 20 Jahren Totalreservat, hat sich dieser Wald in seiner trotzigen Unzugänglichkeit zu einem Wert entfaltet, dessen Ruf jetzt auch die Unesco erreicht hat. Der Forstingenieur und Linken-Politiker Micheal Egidius Luthardt hat bei der Kulturorganisation der Vereinten Nationen den Antrag eingereicht, den Forst in die Liste der Weltnaturerbe aufzunehmen. Wenn alles gut geht, dann steht der Wald in Grumsin 2011 auf einer Stufe mit dem Grand Canyon oder den Galapagosinseln.

Wer das eigenartig findet, verkennt den Wert und die Schönheit der Buchenwälder und ganz besonders des Grumsiner Forsts. Mehr als 200 Jahre alte Baumriesen wachsen in den Himmel, ihnen zu Füßen die Reste früherer Buchenhünen, die in Wassertümpel fielen und dort malerisch verrotten. Es ist Eiszeitland, auf dem sie sich angesiedelt haben, mit brachialer Gewalt geformte Höhen und Senken, bestreut mit Geröll und Findlingen aus Skandinavien.

Die wahre Vielfalt aber liegt im Verborgenen. Unter der Rinde der scheinbar toten Stämme fressen Larven und Insekten unermüdlich drei Jahrzehnte am Holz, bis sie es als Erde in den Kreislauf der Natur eingefügt haben. Zahlreiche geschützte Vogelarten, zum Beispiel Spechte, ernähren sich wiederum von diesem Getier und finden so ein Auskommen und sicheres, selten gewordenes Rückzugsgebiet. Auch in der illustren Gesellschaft der Pflanzen finden sich einige, die längst auf der Roten Liste der gefährdeten Arten stehen, wie die Schlamm-Segge, der Sumpf-Porst, die Gemeine Natternzunge, der Königsfarn und die Blasenbinse.

Im Jahr 2007 fegte der Sturm Kyrill durch die Buchen in Grumsin und brach einigen von ihnen das Rückgrat. In den entstanden Lücken gründeten vor allem Hainbuchen neue Kolonien. Mit ihren beflügelten Samen verschaffen sie sich bei der Ansiedlung Vorteile gegenüber den Rotbuchen, die dagegen Ausdauer im Wuchs und im Alter zeigen und so auf längere Sicht den Wettlauf um die Vorherrschaft vermutlich gewinnen werden.

Gestört werden die einen wie die anderen durch Rehe, Hirsche und anderes Wild, die mit Vergnügen an den frischen Stängeln knabbern. Der Verein Kulturlandschaft Uckermark, der den Grumsiner Forst mit Lottomitteln von der aus der Treuhand hervorgegangenen Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft erwarb, versucht im Auftrag des Biosphärenreservates, diesen Übergriffen Herr zu werden. Er ruft jährlich zu einer als „Schalenwildmanagement“ getarnten Jagd und hilft so nicht nur der Rotbuche, sondern auch anderen, nicht ganz so durchsetzungsfähigen Arten beim Überleben.

Für Besucher, die das bei Fontane noch „Werbelliner Forst“ genannte Gebiet durchschreiten möchten, bieten sich als Ausgangspunkte die Naturbeobachtungspunkte in Althüttendorf bei Joachimsthal und in Altkünkendorf im Landkreis Uckermark an. Kulturbeflissene können die Wanderung auch mit einem Besuch bei Konzerte und Ausstellungen im Dörfchen Glambeck verbinden. *ro*

Informationen unter
www.krassuski-projektmanagement.de

© maren-beßler/pixelio

Leere Hülle: Vögel und Nagetiere lieben Bucheckern


## Anzeige

## Mitmachen

### Tümpeltouren

Nach dem Abschmelzen der Eismassen nach der letzten Eiszeit bildeten sich in Schöneiche bei Berlin kleine Tümpel, deren Wasserstand sich je nach Niederschlag und Grundwasserhöhe ändert. Bei einer Radwanderung entlang der Pfuhle, Feuchtgebiete und Gräben führt der Schöneicher Umweltaktivist Wolfgang Cajar durch einen sehenswerten Naturreichtum mit großer Artenvielfalt.
Termine: 17. April und 15. Mai 2010, 9 Uhr
Kosten: 2,50 Euro, Kinder 1,25 Euro

Vogelstimmenführung in Schöneiche mit Rainer Machnik und Werner Gruhn
Termine: 11. und 25. April 2010, 7 Uhr
Spenden erbeten

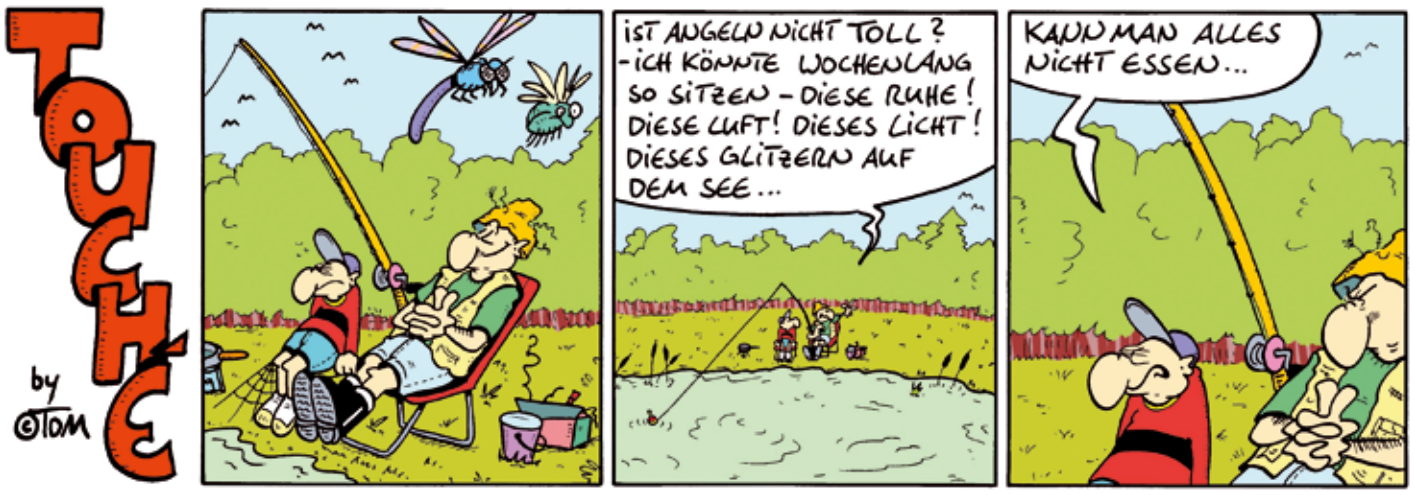
Treffpunkt für die Radwanderungen, die Vogelstimmenführung am 11. April 2010: Pyramidenplatz an der Haltestelle Rahnsdorfer Straße der Tram 88, S-Bahnhof Friedrichshagen - Schöneiche - Rüdersdorf (Kreuzung Friedrichshagener/Rahnsdorfer/Puschkinstraße)

Treffpunkt für die Vogelstimmenführung am 25. April 2010: Haltestelle Grätzwalde der Tram-Linie 88

Bitte zu den Veranstaltungen Ferngläser mitbringen!
Kontakt: 030/649 83 43

### Naturschutz im Berliner Südwesten

Der BUND Südwest trifft sich jeden 2. Donnerstag im Monat um 18.30 Uhr im Restaurant Chopin, Wilhelmplatz 4 in 14109 Berlin-Zehlendorf. Dort werden aktuelle Naturschutzthemen im Bezirk besprochen. Ab April finden die Treffen wieder im Pachtgarten des BUND, Königsweg 326 in Zehlendorf statt.




## Basisdemokratisch

Das stillgelegte Flugfeld von Berlin-Tempelhof misst 3,4 Millionen Quadratmeter. Die Stadt hat 3,4 Millionen Einwohner. Nach Ansicht der tageszeitung (taz) ist Berlin damit reif für einen Versuch, Stadtplanung erstmals wirklich basisdemokratisch zu betreiben.

Der Vorschlag: Jede/r Berliner/in erhält einen Quadratmeter und kann damit tun und lassen, was er oder sie möchte. Zum Beispiel einen Baum pflanzen oder einfach eine Wiese. Das wäre echte Bürgerbeteiligung. Die ersten Ideen sind unter bewegung.taz.de schon eingetrudelt. Als da wären: ein Loch für Atommüll, ein Windrad oder ein besonders kleiner Vergnügungspark.

Auch wenn einige dieser Vorschläge durchaus etwas für sich haben, treten wir als BUND für Baum und Wiese ein. Die Sache hat nur einen Haken: Ein Baum wird schnell so groß, dass er über den einen Quadratmeter hinauswächst, und dann ist der Streit mit dem Nachbarn vorprogrammiert. Also heißt es, sich zusammen zu tun und gemeinsam etwas zu planen. Eine große Wiese zum Beispiel, auf der Schafe weiden können. Auch die geschützte Feldlerche könnte weiterhin hier brüten, denn die gibt es hier wie übrigens auch auf dem noch still zu legenden Flughafen Tegel. Dem Naturschutz wäre Rechnung getragen und der Blick könnte mitten in der Stadt in die Weite schweifen. Der Flughafen als Sinnbild Berlins: Offen und radikal.

Infos unter http://bewegung.taz.de/aktionen/1qm-tempelhof

© huber/pixelio

## Privatisierung in Zahlen

**Volumen der Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen in der Europäischen Union ...**

... 2007, in Milliarden Euro: **41**

... 2008, in Milliarden Euro: **52,52**

**Volumen der Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen 2008 ...**

... in Frankreich, in Milliarden Euro: **20,74**

... in Deutschland, in Milliarden Euro: **6,94**

... in Österreich, in Milliarden Euro: **0,37**

**Anteil der Städte ab 200.000 Einwohner in Deutschland ...**

... die in der Vergangenheit kommunale Einrichtungen privatisiert haben, in Prozent: **72**

**Anteil der deutschen Kommunen ...**

... die auch in Zukunft Privatisierungen planen, in Prozent: **16**

... die privatisierte Betriebe wieder rekomunalisieren wollen, in Prozent: **10**

**Anteil der privatwirtschaftlich organisierten Wasserversorgung ...**

... in Deutschland 1993, in Prozent: **22**

... in Deutschland 2005, in Prozent: **42**

**Größe der Gewässerflächen ...**

... in Brandenburg, in Hektar: **90.000**

... der in Brandenburg zum Verkauf stehenden oder bereits verkauften Seen, in Hektar: **21.000**

**Zahl der ...**

... privaten Eisenbahnunternehmen in Deutschland: **240**

... privaten Eisenbahnunternehmen, die in Brandenburg verschiedene Regionalverkehrsstrecken betreiben: **4**

## Ich bin natürlich interessiert ...

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
BUND
FREUNDE DER ERDE

☐ ... am Abonnement der BUNDzeit, 4 Mal im Jahr, Gesamtpreis 5 Euro (für BUNDmitglieder und BUNDförderer im Jahresbeitrag enthalten)

☐ ... bitte senden Sie mir Informationen über den BUND
☐ Berlin ☐ Brandenburg

☐ ... bitte senden Sie mir den E-Mail-Newsletter des BUND Berlin

☐ ... an einer Mitgliedschaft beim BUND, denn eine starke Natur- und Umweltlobby braucht eine finanziell unabhängige Unterstützung (Jahresbeitrag: ab 50 €, ermäßigte Beiträge möglich)

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ Ort

E-Mail

Bitte ausfüllen, ausschneiden und senden an:

**BUND Berlin • Crellestraße 35 • 10827 Berlin bzw.**

**BUND Brandenburg • Friedrich-Ebert-Straße 114a • 14467 Potsdam**

*BUNDzeit*


## Impressum

**Herausgeber**

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
Landesverband Berlin e.V.
Crellestr.35
10827 Berlin
www.BUND-Berlin.de
und
Landesverband Brandenburg e.V.
Friedrich-Ebert-Str. 114a
14467 Potsdam
www.BUND-Brandenburg.de

**Kontakt**
Tel. 030/78 79 00 - 0
E-Mail: redaktion@BUNDzeit.de
www.BUNDzeit.de

**Redaktion**
Saphir Robert (*ro*)
Carmen Schultze (*cs*) V.i.S.d.P.

**Vertrieb & Marketing**
Thorsten Edler und
primeline.werbemedien gmbh
Marienburger Straße 16
10405 Berlin

**Anzeigen**
bigben reklame bureau gmbh
An der Surheide 29
28870 Fischerhude
Tel. 042 93/72 72

**Druck**
Neef + Stumme GmbH &
Co. KG, Druck und Verlag
Schillerstraße 2
29378 Wittingen

**Gestaltung**
sujet.design
Uhlandstraße 85
10717 Berlin
www.sujet.de/sign

Erscheinungsweise: vierteljährlich, der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

**Auflage**
30 000
Gedruckt auf Ultra Lux semiglos, 100% Recycling

Die nächste BUNDzeit erscheint Ende April 2010. Anzeigenschluss ist der 19. März 2010.

**Spendenkonto**
BUND Berlin
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 100 205 00
Kto. 32 888 00

BUND Brandenburg
Mittelbrandenburgische Sparkasse
BLZ: 160 500 00
Kto. 350 202 62 45

Erbschaften an den BUND sind nach §13 ErbStG von der Erbschaftssteuer befreit. Fordern Sie unsere Informationsmaterialien an: erbschaftsratgeber@BUND-Berlin.de